



Newsletter

Tirol-Büro Brüssel

Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Europäisches Parlament verabschiedet
Initiativbericht zum Weißbuch Verkehr](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- [Energiefahrplan 2050](#) 4
- [Neues LIFE- Programm 2014-2020](#) 7
- [Neue Initiative zur Markteinführung innovativer
Umweltechnologien](#) 9
- [Durchführung der Abwasserrichtlinie: Fortschritte,
aber auch Verbesserungsbedarf](#) 10

Ausschuss der Regionen

- [Recherche und Innovation in der EU:
welche Rolle für Regionen?](#) 11

Sonstiges

- [Lokal- und Regionalverantwortliche fordern
aktivere Beteiligung in der EU](#) 13
- [Schulwettbewerb „U4Energy“](#) 14

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Europäisches Parlament verabschiedet Initiativbericht zum Weißbuch Verkehr

Das Europäische Parlament sprach sich im Plenum mit großer Mehrheit für einen Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum aus. In seiner EntschlieÙung betonte das Parlament die Bedeutung des Setzens realistischer, verpflichtender Zielvorgaben in Bezug auf Umwelt und Sicherheit; bis 2020 müsse die Unfallopferate im Straßenverkehr gegenüber 2010 um die Hälfte sinken. Kosten für Luftverschmutzung, Lärm und Stau sollen in den Preis aller Verkehrsträger einberechnet werden.

Der mit konkreten Zielvorgaben versehene „Fahrplan“ wurde mit großer Mehrheit vom Parlament angenommen und ergänzt die langfristigen Ziele und Visionen, die die Kommission im Weißbuch zur künftigen Verkehrspolitik bis 2050 vorgegeben hat.

Optimale Vernetzung der Verkehrsträger

„Die sogenannte „komodale Effizienz“ enthält für uns die Aspekte Wirtschaftlichkeit genauso wie die Aspekte Umweltfreundlichkeit, Sicherheit und korrekte Arbeitsbedingungen“, erklärte der Berichterstatter des Parlaments Mathieu Grosch vor der Abstimmung. Es gelte aber die Mitgliedsstaaten zu einer klaren Umsetzung der Gesetzgebung anzuhalten, so Grosch, um bestehende „Grenzeffekte“ abzubauen und einen einheitlichen europäischen Verkehrsraum zu schaffen.

Unfallopferate und CO2-Ausstoß senken

Die Abgeordneten forderten von der

Kommission einen Aktionsplan, um die Anzahl an Straßenverkehrstoten und schwer Verletzten bis 2020 zu halbieren, sowie Maßnahmen zur Reduzierung der gesamten Verkehrsemissionen in der EU um 20 % über den Zeitraum 2009-2020. Umgelegt auf einzelne Verkehrsträger sollten laut EntschlieÙung die CO₂-Emissionen des Straßenverkehrs bis 2020 um 20% und jene des See- und Luftverkehrs um 30 % im Verhältnis zu den Werten von 1990 sinken. Über den gleichen Zeitraum sollten Energieverbrauch und Lärm der Bahnen um 20 % zurückgehen.

Das Prinzip „wer verschmutzt, zahlt“ muss für alle Verkehrsträger gelten

Angesichts des Wildwuchses nationaler Konzepte forderten die Abgeordneten weiters, dass die Kommission eine einheitliche Methode zur Berechnung des CO₂-Fußabdrucks von Verkehrs- und Logistikleistungen einführt und bis 2014 einen Vorschlag zur Internalisierung der externen Kosten für alle Verkehrsträger vorlegt. Dies würde ermöglichen, Umwelt-, Lärm- und



Berichterstatter
MdEP Mathieu Grosch



Staukosten bei der Berechnung des vom Nutzer zu zahlenden Preises für Transport- und Verkehrsleistungen einzuberechnen. Diese Einkünfte sollen von den Mitgliedstaaten in nachhaltige Mobilität und Verkehrsinfrastrukturen investiert werden, betonten die Abgeordneten.

Gezielt in die Verknüpfung von Straße, Schiene und Wasserwegen investieren

Die Kommission wurde vom Europäischen Parlament dazu aufgerufen, bis 2013 eine Bestandsaufnahme der existierenden Verkehrsinfrastrukturen, der Netzdichte und -verknüpfung sowie der Qualität der Dienstleistungen vorzulegen, um künftige Prioritäten festlegen zu können. Aber auch bereits jetzt sollen laut den Abgeordneten mehr Mittel in den Ausbau und die Modernisierung der Verkehrsnetze in den neuen Mitgliedstaaten fließen, damit diese bis 2025 dasselbe Niveau wie die anderen EU-Mitgliedstaaten erreichen.

Um die Anzahl multimodaler Plattformen entlang von Wasserstraßen und Schienen

innen zehn Jahren um 20 % zu erhöhen, empfehlen die Abgeordneten, dafür mindestens 15 % der EU-Fördermittel für europäische Verkehrsnetze (TEN-T) zur Verfügung zu stellen.

Eine Mehrheit der Abgeordneten sprach sich außerdem dafür aus, den Behörden der Mitgliedstaaten freizustellen, ob sie den Einsatz schwererer und längerer LKW („Gigaliner“) auf bestimmten Strecken genehmigen wollen, sofern dies weder die Verkehrssicherheit noch den Zustand der Straßeninfrastruktur beeinträchtigt.

Sanfte und kombinierte Mobilität in den Städten

Die EU sollte laut Europäischem Parlament die Stadtverwaltungen dazu anregen, Infrastrukturen für Fußgänger und Radfahrer auszubauen, um die Anzahl von Fußgängern, Radfahrern und Nutzern öffentlicher Verkehrsmittel zu verdoppeln. Ebenso solle die Einführung integrierter Systeme elektronischer Tickets zur kombinierten Nutzung verschiedener Verkehrsträger angestrebt werden. Zudem forderten die

Zur Info:

Im Verkehrssektor, der rund 5 % des europäischen BIP erwirtschaftet, sind geschätzte 10 Millionen Menschen beschäftigt. Im Schnitt geben Haushalte in der EU 13,2 % ihres Budgets für Mobilität aus. Laut Prognose der Kommission wird der Güterverkehr im Zeitraum 2005-2030 um 40 % zunehmen, während mit einem Anwachsen des Personenverkehrs um 34 % zu rechnen ist.



Abgeordneten die Aufnahme der Rad-Fernstrecken EuroVelo in die transeuropäischen Verkehrsnetze TEN-T.

Qualität der Dienstleistungen und der Arbeitsplätze im Verkehrssektor

Um zu vermeiden, dass die weitere Öffnung der Dienstleistungsmärkte im Verkehrsbereich soziales Dumping nach sich zieht, unterstrichen die Abgeordneten die Notwendigkeit, die diesbezüglichen Ausbildungen und Arbeitsbedingungen EU-weit zu harmonisieren. Weiters wurde eine bessere Kontrolle der Lenk- und Ruhezeiten im Güterschwerverkehr in

allen Teilen der EU gefordert.

Angenommener Text: [hier](#)

Weißbuch Verkehr der Europäischen Kommission: [hier](#)

Am Mittwoch um 11 Uhr wird der Europäische Gerichtshof das Urteil zum sektoralen Fahrverbot verkünden. Dieses kann sodann [hier](#) abgerufen werden (Nr. der Rechtssache C-28/09).

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Neues aus den Institutionen Europäische Kommission

Energiefahrplan 2050

Die Europäische Kommission hat letzte Woche ihren „Energiefahrplan 2050“ vorgestellt. Demnach ist eine wettbewerbsfähige und nahezu CO₂-freie Energieversorgung zwar grundsätzlich wirtschaftlich und technisch machbar. Mit der aktuellen Energiepolitik könne das Ziel einer CO₂-Reduktion um mindestens 80% bis 2050 jedoch nicht erreicht werden.

Der Energiefahrplan 2050 basiert auf Berechnungen und Analysen der EU-Kommissare für Klimapolitik, Verkehr und Energie. Diese kamen zum Ergebnis, dass unter Beibehaltung der aktuellen Energiepolitik das Ziel einer CO₂-Reduktion von 80-95% bis ins Jahr 2050

bei Weitem nicht erreicht werden könne. Vielmehr dürfte die Reduktion bei nur rund 40% liegen.

Vor diesem Hintergrund stellt der Energiefahrplan verschiedene Dekarbonisierungsszenarien für den





„Nur ein neues Energiemodell wird langfristig dafür sorgen, dass unser System sicher, wettbewerbsfähig und nachhaltig ist. Wir verfügen jetzt über einen europäischen Rahmen dafür, dass die politischen Maßnahmen zur Sicherung der notwendigen Investitionen getroffen werden.“
Energiekommissar Günther Oettinger

Energiesektor bis 2050 dar, um das Ziel der CO₂-Reduktion um 80-95% doch noch zu erreichen. Die Szenarien wurden durch die unterschiedliche Kombination der vier Hauptdekarbonisierungswege (Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Kernenergie und CCS -CO₂-Abtrennung und -speicherung) erarbeitet. Keines dieser Szenarien dürfte vollständig eintreten, aus allen ergeben sich jedoch folgende wesentliche Punkte für die Erreichung des CO₂-Reduktionsziels:

Die Dekarbonisierung des Energiesystems ist technisch und wirtschaftlich machbar. Mit allen Dekarbonisierungsszenarien kann das Emissionssenkungsziel erreicht werden, wobei diese langfristig kostengünstiger als die aktuellen Politikmaßnahmen sein können.

Energieeffizienz und erneuerbare Energie sind kritische Elemente. Unabhängig vom jeweils gewählten Energiemix sind eine verbesserte Energieeffizienz und ein deutlich höherer Anteil an erneuerbaren Energien

notwendig, um die CO₂-Ziele für das Jahr 2050 zu erreichen. Die Szenarien zeigen ebenfalls, dass Strom eine größere Rolle als bisher spielen muss. Auch Gas, Erdöl, Kohle und Kernenergie sind in allen Szenarien in unterschiedlichen Anteilen vorhanden, was den Mitgliedstaaten weiterhin flexible Optionen in Bezug auf ihren Energiemix ermöglichen soll.

Frühzeitige Investitionen kosten weniger. Investitionsentscheidungen für die bis 2030 notwendige Infrastruktur sollten jetzt getroffen werden, da die vor 30 bis 40 Jahren entstandene Infrastruktur ersetzt werden muss. Durch baldiges Handeln könnten kostspieligere Änderungen in zwanzig Jahren vermieden werden.

Eindämmung des Preisanstiegs. Mit den Investitionen von heute kann der Weg zu niedrigen Preisen in der Zukunft bereitet werden. Die Strompreise werden voraussichtlich bis 2030 steigen, danach jedoch möglicherweise aufgrund niedrigerer Versorgungskosten, Einsparmaßnahmen und verbesserter



Technologien sinken. Die Kosten werden laut Kommission durch die hohen nachhaltigen Investitionen in die europäische Wirtschaft, die damit verbundenen lokalen Arbeitsplätze und die geringere Importabhängigkeit aufgewogen. Bei allen Szenarien wird die Dekarbonisierung ohne größere Unterschiede bei den Kosten oder den Folgen für die Versorgungssicherheit erreicht.

Größenvorteile sind notwendig. Eine europäische Herangehensweise wird voraussichtlich gegenüber parallelen nationalen Systemen zu niedrigeren Kosten und einer besseren Versorgungssicherheit führen. Dazu gehört ein gemeinsamer Energiemarkt, der bis 2014 vollendet sein dürfte.

Mit diesem Fahrplan sollen die Ziele für ein CO₂-armes Energiesystem bis 2050 erreicht und dabei die Wettbewerbsfähigkeit und

Versorgungssicherheit Europas verbessert werden. Die Mitgliedstaaten planen zwar bereits ihre künftige nationale Energiepolitik, doch müssen ihre Anstrengungen laut Europäischer Kommission innerhalb eines breiter gefassten Rahmens gemeinsam aufeinander abgestimmt werden. Auf diesen Fahrplan sollen in den kommenden Jahren weitere politische Initiativen zu spezifischen Bereichen der Energiepolitik folgen, angefangen mit Vorschlägen zum Binnenmarkt, zu erneuerbaren Energien und zur Kernenergie im nächsten Jahr.

Energiefahrplan 2050 (in englischer Sprache): [hier](#)

Hintergrundmemo (in englischer Sprache): [hier](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Zur Info:

Die Europäische Kommission hat im März 2011 den übergeordneten Dekarbonisierungsfahrplan für die gesamte Wirtschaft veröffentlicht. Darin wurden alle Sektoren - Stromerzeugung, Verkehr, Wohnen, Industrie und Landwirtschaft - analysiert. Darüber hinaus hat die Kommission sektorspezifische Fahrpläne erarbeitet, von denen der Energiefahrplan 2050 den letzten darstellt.





Neues LIFE- Programm 2014-2020

Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, für den Zeitraum 2014-2020 Mittel in Höhe von 3,2 Mrd. Euro für das neue Programm für Umwelt- und Klimapolitik (LIFE) bereitzustellen. LIFE soll an die Erfolge seines Vorgängerprogramms LIFE+ anknüpfen, insgesamt aber einfacher und flexibler gestaltet sein.



„Die Kommission schlägt vor, die Mittel für Klimapolitik im neuen Programm zu verdreifachen. Damit können wir regionale Strategien zur Senkung des CO₂-Ausstoßes und zur Stärkung der Klimaresilienz sowie kleinere Projekte von KMU, NGOs und lokalen Behörden stärker unterstützen. Außerdem können wir über LIFE andere EU-Mittel und einzelstaatliche Mittel für klimapolitische Maßnahmen mobilisieren.“
Kommissarin für Klimapolitik Connie Hedegaard

Zu den Neuerungen des künftigen LIFE-Programms zählen die Aufstellung eines neuen Teilprogramms für Klimapolitik; eine klarere Definition der Prioritäten mit mehrjährigen Arbeitsprogrammen, die in Absprache mit den Mitgliedstaaten aufgestellt werden; sowie neue Möglichkeiten zur Durchführung von Programmen in größerem Maßstab dank „integrierter Projekte“, die dazu beitragen sollen, EU-, einzelstaatliche und privatwirtschaftliche Mittel für Umwelt- und Klimaziele zu mobilisieren.

Das Teilprogramm Umwelt unterstützt Maßnahmen in folgenden Bereichen:

- „Umwelt und Ressourceneffizienz“: innovativere Lösungen für eine bessere Durchführung der

Umweltpolitik und Einbeziehung von Umweltzielen in andere Bereiche;

- „Biodiversität“: Entwicklung von Best Practices zur Eindämmung des Verlusts von Biodiversität und zur Wiederherstellung von Ökosystemdienstleistungen. Der Schwerpunkt soll hierbei weiter auf der Unterstützung der Natura-2000-Gebiete liegen, insbesondere im Rahmen von integrierten Projekten, die mit den prioritären Aktionsrahmen der Mitgliedstaaten im Einklang stehen;
- „Verwaltungspraxis und Information im Umweltbereich“: Förderung der Weitergabe von Wissen, der Verbreitung von bewährten Verfahren und einer besseren Einhaltung der Vorschriften sowie Sensibilisierungskampagnen.



EU-Kommissarin Connie Hedegaard

Das Teilprogramm Klimapolitik deckt folgende Bereiche ab:

- „Klimaschutz“: Verringerung von Treibhausgasemissionen;
- „Anpassung an den Klimawandel“: Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel;
- „Verwaltungspraxis und Information im Klimabereich“: Sensibilisierung, Kommunikation, Zusammenarbeit und Verbreitung von Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel.

Finanzhilfen für Projekte bleiben die wichtigste Interventionsart im Rahmen des Programms. Betriebskostenzuschüsse für

Nichtregierungsorganisationen und andere Einrichtungen können auch weiterhin gewährt werden.

Die Kommissionsvorschläge müssen als nächster Schritt vom Europäischen Parlament und dem Rat abgesegnet werden.

Kommissionsvorschlag: [hier](#)

Weitere Dokumente: [hier](#)

LIFE+ (2007-2013): [hier](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Zur Info:

Das LIFE-Programm ist Teil des Kommissionsvorschlags für den mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020, in dem der Haushaltsrahmen und die Hauptausrichtungen für die Umsetzung der Strategie Europa 2020 festgelegt wurden.

Das 1992 eingeleitete LIFE-Programm ist eines der wichtigsten Finanzierungsinstrumente der EU im Umweltbereich. LIFE+, das 2007 eingeleitet wurde und bis 2013 läuft, verfügt über Mittel von knapp über 2,1 Mrd. Euro und gewährt überwiegend Finanzhilfen (78 % des Budgets).



Neue Initiative zur Markteinführung innovativer Umwelttechnologien

Die Europäische Kommission hat ein neues Instrument zur Unterstützung von Unternehmen aufgelegt, die innovative Umwelttechnologien entwickeln. Das Pilotprogramm zur Überprüfung von Umwelttechnologien (ETV) sieht vor, die Effizienz neuer Umwelttechnologien durch unabhängige Stellen prüfen zu lassen. Die Hersteller können auf diese Weise belegen, dass ihre Leistungsbehauptungen stimmen, und Erwerbern neuer Technologien wird die Wahl zwischen unterschiedlichen innovativen Verfahren erleichtert.

Das ETV-Pilotprogramm ist vollkommen freiwillig und deckt zunächst drei Bereiche ab: Abwasseraufbereitung und -überwachung, Stoffe, Abfall und Ressourcen sowie Energietechnologie. Ziel ist es, Risiken zu mindern und das Vertrauen von Ersterwerbbern und Investoren in eine neue Technologie zu stärken, indem zuverlässige, wissenschaftlich fundierte Aussagen zu ihrer Leistung gemacht werden. Es wird eine Prüfbescheinigung ausgestellt, auf die Unternehmen in ihren Geschäftsbeziehungen zurückgreifen können. ETV-Dienste sind vor allem für kleine und mittlere Unternehmen gedacht, die es schwerer haben als größere Hersteller, Beweise für die Leistung ihrer neuen Technologien zu erbringen.

Die Umsetzung des Programms soll mit der Akkreditierung der Prüfstellen, die die tatsächliche Leistung der Technologien feststellen, beginnen. Nach zwei bis drei Jahren Testphase will die Europäische Kommission das ETV-Pilotprogramm einschließlich Durchführung und Bedeutung für die

Vermarktung neuer Technologien bewerten und Schlussfolgerungen über die Zukunft der ETV-Überprüfung in Europa ziehen. Interessierte Organisationen können sich im Rahmen eines Beteiligten-Forums, das 2012 eingerichtet wird, zur Umsetzung und Evaluierung des ETV-Pilotprogramms äußern.

Informationen zum ETV-Pilotprogramm: [hier](#)

Gemeinsame Website Forschungs- und Pilotprojekte ETV: [hier](#)

Aktionsplan für Öko-Innovationen: [hier](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)





Durchführung der Abwasserrichtlinie: Fortschritte, aber auch Verbesserungsbedarf

Der neueste Bericht über die Durchführung der Abwasserrichtlinie in den Jahren 2007 und 2008 zeigt auf, dass die alten EU-Mitgliedstaaten nach wie vor hohe Standards bei der Abwasserbehandlung aufweisen und bei der Behandlung von empfindlichen Gewässern Verbesserungen erzielen konnten. Auch die neuen Mitgliedstaaten machten Fortschritte bei der Abwassersammlung und -behandlung, wenn auch noch Verbesserungsbedarf besteht.

Im Zeitraum 2007-2013 werden in der EU im Rahmen der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser („Abwasserrichtlinie“) rund 14 Mrd. Euro für Infrastrukturen für die Abwassersammlung und -behandlung ausgegeben. Damit soll sichergestellt werden, dass privat und von der Industrie erzeugter Abfall keine negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt hat. Der neueste Bericht über die Durchführung der Richtlinie in den Jahren 2007 und 2008 zeigt, dass zwar grundsätzlich Fortschritte zu verzeichnen sind, der Konformitätsgrad bei der Sammlung und Behandlung aber noch verbessert werden könnte.

Die wichtigsten Feststellungen des Berichts:

- Die meisten Systeme für kommunales Abwasser in der EU-15 sind hochwirksam und erfassen 99 % des zu reinigenden Wassers.
- Die Gesamtfläche der als empfindlich ausgewiesenen Gebiete (Eutrophierung oder Gefahr von Eutrophierung), in denen eine weitergehende Behandlung

vorgenommen werden muss, hat sich seit dem letzten Bericht von 68 % auf 73 % erhöht.

- Bei der Durchführung der weitergehenden Behandlung bestehen weiterhin große Unterschiede, doch haben Österreich, die Niederlande und Deutschland einen sehr hohen Konformitätsgrad erreicht.
- Die Abwasserbehandlung in den großen Städten ist weit fortgeschritten, und für 77 % dieses Abwassers gibt es Anlagen für eine weitergehende Behandlung.

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse plant die Kommission, als nächsten Schritt die Mitgliedstaaten durch die Finanzierung von Projekten mit Mitteln aus dem Kohäsionsfonds zu unterstützen. Auch anderen EU-Institutionen wie z. B. der Europäischen Investitionsbank soll bei der Finanzierung künftig eine wichtige Rolle zukommen. Hinsichtlich der Durchsetzung der Vorschriften möchte die Kommission aber auch weiterhin rechtliche Schritte gegen Länder unternehmen, in denen die





Durchführung der Abwasserrichtlinie zu schleppend verläuft, insbesondere bei gravierenden Lücken oder Verzögerungen.

Bericht über die Durchführung der Abwasserrichtlinie (in englischer Sprache): [hier](#)

Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser: [hier](#)

EU-Website über kommunales Abwasser: [hier](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Zur Info:

Gemäß der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser muss das Abwasser aus einem Gebiet, das eine Wasserverunreinigung verursacht, die derjenigen einer Gemeinde mit über 2000 Einwohnern entspricht, gesammelt und behandelt werden. In der EU-27 gibt es knapp 23 000 solche Gebiete. Die Richtlinie sieht eine biologische Abwasserbehandlung („zweite Reinigungsstufe“) vor. Für besonders empfindliche Gebiete, die ein höheres Schutzniveau erfordern, ist eine weitergehende Behandlung vorgeschrieben.

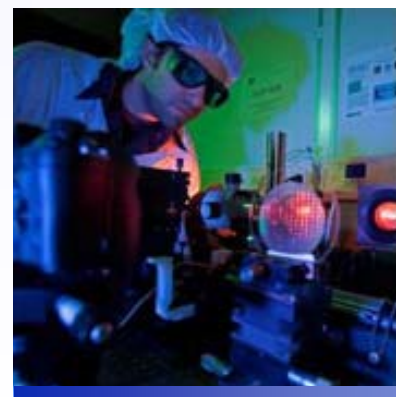
Ausschuss der Regionen

Recherche und Innovation in der EU: welche Rolle für Regionen?

Im Rahmen einer kürzlich vom Ausschuss der Regionen in Brüssel abgehaltenen Veranstaltung wurde die Frage aufgeworfen, welche Rolle die europäischen Regionen künftig in den Bereichen Recherche und Innovation spielen werden; dies vor allem vor dem Hintergrund des Ende November von der Europäischen Kommission vorgelegten neuen Programms „Horizon 2020“.

Sowohl in der Europa 2020-Strategie als auch in den langfristigen Planungen regionaler und lokaler Behörden werden den Bereichen Recherche und Innovation

eine wichtige Stellung eingeräumt. Erst kürzlich stellte die Europäische Kommission ihre neuen Pläne für das Förderprogramm „Horizon 2020“ vor,





das für die Periode 2014-2020 mit 80 Mrd. Euro ausgestattet werden und als Teil der Vorschläge für das nächste EU-Budget die Strukturfonds und andere Finanzierungshilfen ergänzen soll.

Die im Ausschuss der Regionen geladene hochkarätige Expertenrunde war sich einig, dass Regionen in diesem und anderen Programmen zur Förderung von Recherche und Innovation in Europa künftig eine wichtigere Rolle zukommen muss. So erklärte etwa Mario Marcel, stellvertretender Direktor für öffentliche Verwaltung und territoriale Entwicklung der OECD, dass Innovation auf regionaler Ebene besonders effizient sein kann, da so Synergien bei Politikbereichen und Instrumenten, die ohnehin in der Hand lokaler Verwaltungen sind, erzielt werden können. Um Innovation zu fördern, müssen Regionen laut Mario Marcel echte strategische Rahmenbedingungen entwickeln, um Innovation in jedem Wirtschaftssektor zu unterstützen. Wesentlich sei außerdem der Aufbau offener Regierungsstrukturen, die auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen und auf starke Kooperation mit dem Privatsektor und anderen relevanten Akteuren beruhen.

Die anwesenden Vertreter der Kommission betonten die mögliche große Bedeutung der Städte und Regionen in der neuen „Horizon 2020“-Strategie und der Kohäsionspolitik. Auch hier wurde vor allem wieder die Rolle der Regionen als „Spielwiese für Synergien“ genannt. Besonders hervorgehoben wurde zudem, dass „Horizon 2020“ auf den gesamten Zyklus von Recherche und Innovation bis hin zur Kommerzialisierung der entwickelten Produkte abzielt. Auch Michael Kitson, Dozent an der Universität Cambridge, unterstrich die Bedeutung der Einbeziehung der tatsächlichen Nutzung von neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Technologien in die Innovationspolitik. Dies sei wesentlich, um einen wirtschaftlichen Nutzen dieser Politik zu gewährleisten. So können sämtliche Regionen, sowohl jene, die Wissen schaffen, als auch jene die Wissen „nur“ nutzen, von der neuen Politik profitieren.

Sämtliche Präsentationen der Veranstaltung: [hier](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

HORIZON 2020



Sonstiges

Lokal- und Regionalverantwortliche fordern aktivere Beteiligung in der EU

Vor dem Hintergrund der aktuellen Instabilität in Europa und dem fehlenden Vertrauen vieler Bürger gegenüber nationalen Regierungen und der EU, haben Lokal- und Regionalregierungen im Rahmen der Versammlung der Regionen Europas ihre aktivere Beteiligung in allen EU-Politikbereichen mit territorialer Dimension gefordert.

Dieser Ansatz des „Regierens in Partnerschaft“ sei laut den Regionalvertretern der einzige Weg, das Ziel der Europa 2020-Strategie, nämlich intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, zu erreichen. Dieses neue Modell des europäischen Regierens müsse auch Bürger, Unternehmen, die Zivilgesellschaft und andere relevante Akteure mit einbeziehen.

Die Versammlung der Regionen Europas (VRE) wurde 1985 gegründet ist das größte unabhängige Netzwerk der Regionen in ganz Europa. Mit 270 Regionen aus 34 Ländern und 16 interregionalen Organisationen (u.a. auch Tirol), ist es Ziel der VRE:

- das Subsidiaritätsprinzip und die regionale Demokratie zu fördern;
- den politischen Einfluss der Regionen Europas bei den Europäischen Institutionen zu stärken;
- die Regionen bei der Erweiterung Europas und bei der Globalisierung zu

unterstützen;

- die interregionale Zusammenarbeit in ganz Europa und darüber hinaus zu entwickeln.

Die aktuelle Präsidentin der VRE ist Michèle Sabban, Vizepräsidentin der Region Ile-de-France in Frankreich.

Weitere Informationen zur Versammlung der Regionen Europas: [hier](#)



Michèle Sabban, Vizepräsidentin der Region Ile-de-France, Präsidentin der VRE



Schulwettbewerb „U4Energy“

Volksschulen und weiterführende Schulen aus der gesamten Europäischen Union sind dazu eingeladen, am von der Europäischen Kommission initiierten Wettbewerb rund ums Energiesparen und Nachhaltigkeit „U4Energy“ teilzunehmen. Bewerbungsfrist ist der 16. Mai 2012.

Der bereits zum zweiten Mal stattfindende Wettbewerb zielt auf die Verbesserung der Energieeffizienz an europäischen Schulen ab. Dementsprechend können Schulen und Lehrer gemeinsam mit ihren Schülern Projekte in den Kategorien „Die besten Energieeffizienzmaßnahmen“, „Die besten Lehraktivitäten zur effizienten Energienutzung“, „Die beste Schulkampagne zum Thema Energieeffizienz“, sowie „Beste Praxismethoden über U4Energy hinaus“

einreichen. Bewerbungen können auch in deutscher Sprache eingereicht werden. Die Gewinner dürfen sich über Preise im Wert von 3000 Euro freuen.

Weitere Informationen zum Wettbewerb: [hier](#)

Detaillierter Leitfaden für Teilnehmer: [hier](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)





Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Die nächste Plenartagung findet vom **16.-19. Jänner 2012 in Straßburg** statt.
Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).
Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.info/

Redaktion und Bearbeitung:

Dr. Florian Mast, Kathrin Resch

Abbildungsverzeichnis

<http://www.merkur-online.de/bilder/2009/02/07/69884/1234846510-staus-stockender-verkehr-autobahnen-richtung-sueden-archivbild.9.jpg>; dpa
http://www.kelmis.be/intern/fotos/politiker/mathieu-grosch.jpg-fr/image_preview
http://www.stromvergleich.de/img/key_bilder/energiemix.jpg
<http://blog.infografiker.com/wp-content/uploads/2009/04/alternative-energie-300x257.jpg>; ge.ecomagination.com
<http://transfer-lbc.com/upload/image/life-logo.jpg>
<http://waterandfoodaward.files.wordpress.com/2008/09/connie-hedegaard.jpg>
http://www.umweltfondsvergleich.de/assets/components/images/umfi/cleantech_equity_collage2.jpg
http://ec.europa.eu/environment/etv/images/etv_logo.jpg; Europäische Kommission
<http://fp.tsn.at/hs-abschluss/abwasser/thumbs/belebschlammbecken.jpg>
http://www.cor.europa.eu/COR_cms/ui/ViewDocument.aspx?SiteId=default&ContentID=8e9110e8-e383-4b7a-a9bf-11574bb995fa; Ausschuss der Regionen
<http://www.herdata.org/wp-content/uploads/2011/12/horizon20201-1024x777.jpg>; Europäische Kommission
<http://www.enviro2b.com/wp-content/uploads/2009/11/Michèle-Sabban.JPG>; Enviro2B
U4Energy, Europäische Kommission
http://www.unserkachelofen.at/wp-content/uploads/2010/10/erneuerbare_energie_kachelofen.jpg